



# Ökologisierung der europäischen Wirtschaft: Reaktionen und Initiativen von Mitgliedstaaten und Sozialpartnern

## Zusammenfassung

### Einleitung

Die Einsicht wächst, dass der Klimawandel Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben wird: Einige Regionen, Branchen, Unternehmen, Berufe und Qualifikationsgruppen müssen mit negativen Folgen rechnen, während andere profitieren werden. Wenn es darum geht, den Übergang zu einer „grüneren Wirtschaft“ zu erleichtern, haben Sozialpartner und Regierungen deshalb gemeinsam wichtige Aufgaben zu leisten: Vorhersage und Förderung erforderlicher Qualifikationen zur Vermeidung struktureller Arbeitslosigkeit, Unterstützung effizienter Technologien und „grüner“ Start-ups sowie Bereitstellung staatlicher Mittel für Maßnahmen zur Verringerung der Umweltbelastung, um nur einige dieser Initiativen aufzuführen.

Der vorliegende Bericht untersucht die Reaktionen und Initiativen der nationalen Regierungen und der Sozialpartner in den EU-Mitgliedstaaten und in Norwegen, die auf eine Ökologisierung der Wirtschaft und die Maximierung des Potenzials ausgerichtet sind, in diesem neuen Bereich neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Ergebnisse stützen sich auf Daten, die von den nationalen Zentren des Europäischen Observatoriums für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen (EIRO) und von der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) bereitgestellt worden sind. Im ersten Teil geht es insbesondere um Konjunkturpakete mit ökologischen Aspekten, und es werden die von den Mitgliedstaaten für den zwei- und dreiseitigen Austausch gebildeten Regierungsstrukturen und Plattformen beschrieben, die sich mit der ökologischen Agenda befassen. Auch zeichnet der Bericht ein Bild, wie das Bewusstsein dafür wächst, dass die Kohlendioxidemissionen (CO<sub>2</sub>) gesenkt und alternative Energiequellen erschlossen werden müssen. Gegenstand dieser Initiativen sind beispielsweise die Erzeugung erneuerbarer Energien (darunter Gezeitenenergie, Solarenergie und Windkraft), Energieeffizienz, nachhaltiger Verkehr, Wasserversorgung, Abfallbewirtschaftung und nachhaltige Landwirtschaft. Außerdem stellt der Bericht mehrere innovative Initiativen als Beispiele für bewährte Verfahren vor, die ausgetauscht und verbreitet werden können.

### Politisches Umfeld

In den letzten Jahren haben die Organe der Europäischen Union daran gearbeitet, eine politische Strategie für die ökologische Wirtschaft mit einem Aktionsplan für die einzelnen Mitgliedstaaten einzuführen. Ein zentrales grünes Ziel ist die europäische Verpflichtung, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 20 % unter die Werte von 1990 zu senken. Die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung ist auf Langfristigkeit ausgelegt und in viele andere EU-Strategien eingebunden (z. B. die beschäftigungspolitischen Leitlinien und die Sozialagenda). Im Einklang damit haben die meisten Mitgliedstaaten ihre eigenen nationalen Strategien für eine nachhaltige Entwicklung formuliert. Ein strategisches Ziel des im Dezember 2008 von den Staats- und Regierungschefs gebilligten Konjunkturprogramms ist die beschleunigte Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft. Im April 2009 hat dann die Kommission ein Weißbuch mit dem Titel „Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen“ veröffentlicht, in dem sie ihre Position beschreibt. Auf multinationaler Ebene schließlich ist die „Green Jobs Initiative“ eine dreiseitige politische Botschaft von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Regierungen, die in einer vom Klimawandel bedrohten Welt Arbeitsplätze im Umweltschutz fördern und den Umweltschutz weiterentwickeln wollen.

### Wichtigste Ergebnisse

Der Bericht zeigt insgesamt, dass Regierungen und Sozialpartner die „grüne Agenda“ in den meisten Ländern aktiv zu fördern versuchen, doch gibt es Unterschiede im Grad des Engagements und der Mobilisierung sowie in der Verfügbarkeit von Regierungsstrukturen und von Strukturen für gemeinsame Debatten. Das Gleiche gilt im Hinblick darauf, welche Bereiche in Europa als „grün“ gelten (etwa Kernenergie, das Abwracken von Autos oder ökologischer Landbau).

Eine der wichtigsten Initiativen, die viele nationale Regierungen in den letzten Jahren eingeführt haben, ist die Abwrackprämie, also ein finanzieller Anreiz für

Fahrzeughalter, ihre Altautos zu verschrotten. Allerdings kam es zu heftigen Diskussionen über die ökologischen Qualitäten dieser Programme, und ob sie nicht eher die Autoindustrie als die grüne Agenda fördern.

In einigen Mitgliedstaaten hat die Rezession dazu geführt, dass grüne Themen von der Tagesordnung gestrichen wurden, während andere mit ihren Konjunkturpaketen den Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft fördern. Ein gutes praktisches Beispiel für einen grünen Tarifvertrag im Rahmen des belgischen Konjunkturprogramms ist der „Ökoscheck“: eine Gehaltsprämie, die unter bestimmten Umständen zusammen mit der Befreiung von Sozialabgaben gewährt wird, und die den Erwerb von umweltfreundlichen und nachhaltigen Verbrauchsgütern fördern soll. Diese Ökoschecks werden vom Arbeitgeber als Bonus eingestuft; in der Praxis der Tarifverhandlungen dient dieses Angebot von „weichen“ Lohnerhöhungen aber als indirekte Antwort auf gewerkschaftliche Lohnforderungen. Von der Abgabenbefreiung profitieren Arbeitgeber wie Arbeitnehmer.

Ein weiteres Beispiel ist ein von den italienischen Sozialpartnern und vom Management unterzeichneter Tarifvertrag, nach dem der Verkauf einer Electrolux-Fabrik in Scandicci an einen lateinamerikanischen Investitionsfonds dazu führt, dass die Produktion von kleinen Kühlschränken auf die von Solarzellen und Windräder umgestellt wird. Der Vertrag sieht vor, dass das Werk bis 2010 mindestens 370 der 450 Beschäftigten einstellen wird, die dort derzeit arbeiten.

Europaweit beteiligen sich die Sozialpartner an einer Vielzahl von Aktionen – sie geben politische Erklärungen ab, organisieren Konferenzen und Workshops, auf denen grüne Themen erörtert werden, und sie veranstalten Schulungsprogramme, damit ihre Mitglieder notwendige Qualifikationen erwerben. In einigen Ländern, in denen die Sozialpartner nicht besonders aktiv sind, gehen Initiativen häufig von NRO aus. Die Konzepte der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter unterscheiden sich erkennbar: Arbeitgeber legen größeren Wert darauf, den Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit in einer ökologischen Wirtschaft abzusichern. Auch werden Maßnahmen von Arbeitgebern oft dadurch motiviert, dass (insbesondere ökologische) Rechtsvorschriften einzuhalten sind. Außerdem sind Arbeitgeberinitiativen im Umweltbereich häufig in eine allgemeine Unternehmensstrategie der sozialen Verantwortung eingebettet. Demgegenüber bevorzugen gewerkschaftliche Organisationen häufig an Regierungen und Wirtschaft gerichtete Initiativen aus dem Lobby- und Kampagnenbereich.

Auf europäischer Ebene, aber auch in bestimmten Ländern ist der Fachkräftemangel ein wichtiges Thema. In einem Versuch, diese Lücke zu schließen, setzen sich die britischen Sozialpartner und insbesondere die Arbeitgeberseite aktiv für die Förderung von Strategien ein, die Qualifikationen auf das in der ökologischen Wirtschaft erforderliche

Niveau anheben sollen. In Italien entwickeln Hochschulen und private Schulungsanbieter Kurse für den Erwerb von Qualifikationen, die Arbeitnehmer in der ökologischen Wirtschaft der Zukunft benötigen werden.

## Politische Empfehlungen

- Regierungen, Gewerkschaften, Arbeitgeber und andere Interessengruppen aus ganz Europa sind sich im Wesentlichen einig, dass die ökologische Wirtschaft das Potenzial besitzt, in Zukunft eine nennenswerte Zahl neuer Arbeitsplätze zu schaffen. Eine der wichtigsten Herausforderungen ist, wie sich das Potenzial dieses Bereichs nutzbar machen und zur Wiederbelebung von Wirtschaftszweigen einsetzen lässt, die unter der jüngsten Wirtschaftskrise leiden.
- Mit nur wenigen Ausnahmen zeigt der vorliegende Bericht ein klares West-Ost- und ein weniger deutliches Nord-Süd-Gefälle, wenn es um den Grad des Engagements, die Mobilisierung von Sozialpartnern und Regierungen und um den Inhalt der Initiativen geht, in denen sich die Vielfalt der nationalen Prioritätenlisten widerspiegelt.
- Der belgische Ökoscheck und der italienische Restrukturierungsfall sind gute Beispiele dafür, wie die Sozialpartner mit ihren traditionellen Instrumenten der Tarifverhandlungen und Tarifvereinbarungen auf den Übergangsprozess einwirken und ihn fördern können.
- Voraussichtlich wird die grüne Agenda auch Inhalte und Formen des sozialen Dialogs umgestalten. Hier wird es möglicherweise zu einer Neuaufstellung der Hauptakteure und zu anderen Abläufen im sozialen Dialog kommen. Gleichzeitig können neue Prozesse und Strukturen geschaffen werden, um die Beschäftigungsfragen zu erörtern, die sich aus dem Wachsen der ökologischen Wirtschaft ergeben.
- Wichtig ist eine langfristige Beschäftigung mit diesem Thema, da die ökologische Wirtschaft keine Schnelllösung ist, die Ländern kurzfristig helfen kann. Der Umstieg auf alternative Energiequellen und die Begrenzung der CO<sub>2</sub>-Emissionen erfordern neben einer sorgfältigen und langfristigen Planung einen soliden politischen Rahmen, wenn gewährleistet werden soll, dass die Wirtschaft wettbewerbsfähig und die Arbeitnehmerqualifikationen auf dem neuesten Stand bleiben. In diesem Prozess kann die EU-Politik als Katalysator wirken.

### Weitere Informationen

Der Bericht „*Greening the European economy: Responses and initiatives by Member States and social partners*“ (Ökologisierung der Wirtschaft: Reaktionen und Initiativen von Mitgliedstaaten und Sozialpartnern) ist unter folgender Adresse verfügbar:  
<http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef0972.htm>

Christine Aumayr, Forschungsbeauftragte  
[cau@eurofound.europa.eu](mailto:cau@eurofound.europa.eu)